

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 13. Januar 1891.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 2.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

C. H. Berlin, 12. Januar 1891.

Preussischer Landtag.

Abgeordneten-Haus.

16. Sitzung vom 12. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, Herrfurth, v. Helldorf und Kommissare.

Nach Eröffnung des Rechnungsbereichs über die Ausführung des Konsolidationsgesetzes ergreift das Wort

Finanzminister Dr. Miquel: Auf Grund der allerhöchsten Ermächtigung vom 31. Dezember 1890 und 7. Januar 1891 überweise ich dem hohen Hause: 1) die allgemeine Rechnung pro 1887-88, 2) die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1889-90 und endlich den Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsplans pro 1891-92. Der Etat schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 1,720,884,749 Mark, an dauernden und außerordentlichen Etatsmäßigen Ausgaben 50,382,502 Mark, das macht gegen den laufenden Etat eine Mehrausgabe von 132,610,434 Mark. Der Etat schließt ab ohne Zuhilfenahme einer Anleihe und ohne Verwendung eines Ueberschusses des Vorjahres, der Etat balanciert in sich. Dieses Resultat zu erreichen war nicht leicht, es konnte nur herbeigeführt werden durch, daß eine große Anzahl bindender und wünschenswerter Ausgaben zurückgestellt worden sind. Es wird schwer sein, jetzt schon zu entscheiden, ob die wirklichen Einnahmen den Ausgaben des Etats entsprechen. Soll ich meine Ueberzeugung aussprechen, die sich auf Erfahrung basirt, so bin ich der Meinung, daß wir nicht entfernt auf solche Ueberschüsse rechnen dürfen, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben. Ueber die Ergebnisse des laufenden Jahres habe ich mich bereits bei der Beratung der Einkommensteuervorlage ausgesprochen, ich kam im Wesentlichen darauf zurück. Der preussische Etat hat gegenwärtig eine verbriefte Schuldlast von 5,843,000,000 Mark. Eine Verpflichtung zur Staatsguthabendeckung besteht gesetzlich nicht, sie hängt wesentlich von den Beschaffenheiten dieses Hauses ab. Von diesem Gesichtspunkte aus ergibt sich, daß die Ueberschüsse der früheren Jahre mehr rechtliche als wirtschaftliche sind. Ich will Sie nicht zu vielen Zahlen befehlen, halten wir die 97 Millionen Ueberschüsse des Jahres 1889-90 fest und versuchen wir daran die Rechnung zu machen, wie sich der Ueberschuss des laufenden Jahres stellen wird. Die bisher überprüften Resultate ergeben einen voraussichtlichen Ueberschuss von 32,620,000 Mark. Bei der Vergleichung der einzelnen Titel des Etats müssen wir daran erinnern, daß wir zur Aufrechterhaltung der Beamtengehälter eine Summe von 15 Millionen in den Etat eingestellt haben. Die Begründung der einzelnen Stellenzulagen ist bei den betreffenden Etatstiteln gegeben. Die Staatserregung ist aber, daß sie dabei nach dem Sinne der Verfassung des Hauses verfahren ist. Mit dem vorhandenen Betrage hat indessen das Bedürfnis weitläufig nicht befriedigt werden können und man wird erwägen müssen, ob wir das Prinzip der Stellenzulagen beibehalten oder anderweitig ergreifen wollen. Der gegenwärtige Etat hat zu unserm großen Bedauern erhebliche Mittel nicht geboten, um eine Aufbesserung der Gehälter in größerem Umfange eintreten zu lassen. Es ist deshalb nur eine Aufbesserung der Gehälter der Beamten vorgeschlagen und ist dafür die Summe von 437,742 Mark ausgeworfen. (Beifall.) Wir werden deshalb dazu schreiben müssen, das System des Anstufens der Beamten, wie es jetzt besteht, durch das System des Anstufens nach festen Altersstufen. (Beifall.) Durch dieses System wird das Gehalt der Beamten nicht vergrößert und die Disziplin nicht gelockert werden. Dieses System wird zugleich verbunden werden können mit dem andern schon wiederholt geäußerten Wunsch, nämlich die Zahl der diätarisch beschäftigten Beamten zu vermindern und die definitiven Stellen zu vermehren. (Beifall.) Die Vorbereitungen für die Durchführung dieses Systems sind bereits ziemlich weit gediehen und ich habe die Absicht, für diejenigen Beamten, welche mit einer Zulage bereits bedacht sind, schon gegenwärtig dieses System durchzuführen. Ich hoffe, der Schritt wird wesentlich zur Befriedigung der Beamten beitragen. Erhebliche neue Organisationen sieht der gegenwärtige Etat nicht vor. Nur bei dem Handelsministerium wird eine Vermehrung der Fabrik-Inspektoren vorgesehen und der Herr Handelsminister wird Ihnen einen eingehenden Plan darüber vorlegen. Der erste Anfang dazu ist in dem vorliegenden Etat gemacht. Der Minister geht nunmehr zu den einzelnen Veränderungen über, welche der Etat vorsieht. Er verweist darauf, daß in der Entwicklung vor allem die direkten Steuern zurückgeblieben sind und folgert daraus, daß von einem Steuerbrücke nicht die Rede sein könne. Die Einnahmeverwaltung wird einen Ueberschuss von 42 Millionen bringen; bei derselben ist in ergiebiger Weise für die Vermehrung des Betriebsmaterials gesorgt und sind dafür 20 Millionen in Aussicht genommen, die indessen aus den eigenen Einnahmen dieser Verwaltung entnommen werden sollen. Ergibt der laufende Etat nicht mehr Ueberschüsse als den vorhin angegebenen Betrag von 32 Millionen, so wird nur eine geringe Schuldentilgung von 1,65 Prozent eintreten können. Unter den extraordentlichen Ausgaben der landwirtschaftlichen Verwaltung sind 300,000 Mark ausgeworfen, mit welchem Betrage der Versuch gemacht werden soll, bei Hochflüssen das Staubbett zu erweitern. Beim Kultusministerium ist ein Betrag von 177,000 Mark zur Errichtung eines Instituts für ankommende Krankkinder, in denen Professor Koch seine Forschungen fortsetzen wird. Die Zusammenfassung des Koch'schen Mittels wird sehr bald publiziert werden, die Staatsregierung will aus dem Verkauf des Mittels keine Einnahme für den Staat machen, es soll vielmehr der ganzen Menschheit zu gute kommen. (Beifall.) Der Etat, wenn er auch manche Wünsche und Mängel unberücksichtigt läßt, enthält doch wiederum eine große Reihe von Ausgaben zur Förderung der Landwirtschaft, Verbesserung der Wasserstraßen etc. und im Großen und Ganzen wird man das Verhältniß wohl unterschätzen können, daß dieser Etat trotz der großen Ausgaben, welche das Reich erfordert, ein sehr günstiges Bild von den Grundlagen der preussischen Finanz-

verwaltung giebt, und wenn wir der Richtung ernst entgegenstreben, die alles vom Staate fordert und ihm nichts geben will, so hoffe ich, werden wir den günstigen Stand der Finanzen für alle Zeit erhalten. (Lebhafter Beifall.) Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.
Tagesordnung: Erste Beratung des Etats.
Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin 12. Januar. Se. Majestät der Kaiser hat gestern den kaiserlichen Gesandten Grafen Philipp zu Eulenburg und den kaiserlichen Adjutanten Oberst-Lieutenant v. Delnes, Militär-Attaché bei der kaiserlich deutschen Botschaft in Wien, mit Einladungen zur Frühstücksstafel beehrt. Zur Mittagstafel vereinigte Se. Majestät die beiden norwegischen Reisen begleitet hatten. Heute empfing Se. Majestät der Kaiser den General der Artillerie z. D., General-Adjutanten Fürsten Anton Hatzfeldt.

Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich nebst Prinzessin Margarethe wohnte gestern dem Gottesdienste in der englischen Kirche im Schloß Monbijou bei.

Ihre königlichen Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold nebst Prinzessin-Liechtenberg verabschiedeten sich heute Vormittag von den kaiserlichen Majestäten vor ihrer Abreise nach Italien, folgten einer Einladung zur kaiserlichen Frühstücksstafel und verabschiedeten sich alsdann auch von Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich und den anderen zur Zeit hier anwesenden Mitgliedern der kaiserlichen Familie. Von den im Vorraum weilenden höchsten Herrschaften hatten sich der Prinz und die Prinzessin bereits gestern verabschiedet. Die Abreise wird heute Abend 10 Uhr 35 Minuten erfolgen.

Die Schlittenpartie der Hof-Gesellschaft hat am Sonntag bei herrlichem Winterwetter stattgefunden. Um 12 Uhr Mittags versammelten sich die Teilnehmer an der im Vorzimmer gegenüber der Rückseite des kaiserlichen Palais gelegenen Wohnung des Erbprinzen von Meiningen. Voran fuhr, seinen Hühnerwagen (drei Pferde vorne und zwei an der Deichsel) selbst lenkend, der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, mit der Erbprinzessin von Meiningen; in diesem Schlitten hatte auch der Graf Hohenhausen Platz genommen. In des letzteren Gefährt folgte Prinz Alexis mit der Gräfin Hohenhausen, woran eine weitere Anzahl von 8-10 Schlitten sich anschloß. Die Fahrt ging am Schloß Bellevue vorbei durch den Thiergarten, dann den Kurfürstendamm entlang, nach dem Jagdschloß Grunewald. Hier wurde ein Frühstück eingenommen und nach den Klängen der Kapelle des Leib-Garde-Husaren-Regiments ein wenig getanzt. Das Erscheinen des Kaisers, welcher sein Kommen in Aussicht gestellt hatte, wurde vergeblich erwartet, worauf man um 5 Uhr die Heimfahrt durch den Wald antrat. Von der Charlottenburger Chaussee aus wurde jetzt durch das Brandenburger Thor Unter die Linden eingezogen, diese bis zum Denkmal Friedrichs des Großen entlang und wieder zurückgefahren, worauf außerhalb des Brandenburger Thores die Trennung der Teilnehmer erfolgte. Das Publikum, welches den Zug mit Interesse verfolgte, hielt den Kaiserzug des Herzogs Ernst Günther, welchem ein Vorreiter voran ritt, vielfach für den Schlitten des Kaisers. Derselbe hatte an Stelle des Grafen Hohenhausen der Prinz von Hessen in demselben Platz genommen.

Die zwei Abende, welche für die Opernsaison der Berliner Hofgesellschaft auf allerhöchsten Befehl anberaumt worden sind, haben wohl ihren Grund einzig darin, daß der Karneval, die eigentliche Feststimmung, in diesem Jahre so kurz ist und die Pause zwischen dem Dreifünzigtag, dem eigentlichen Beginn des Karnevals, und dem großen Hofball so lang, um diese ungenutzt für die Hofgesellschaft vorbeizugehen zu lassen. So sind diese Opernsaison angeordnet worden, bei denen der Gesellschaft die Professionslogen, die Logen und der Balkon 1. Rang reserviert sind. Die Einladungen sind auf allerhöchsten Befehl vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Eulenburg ergangen an die Hofgesellschaft etwa in der Ausdehnung, wie früher in den Wälden im Palais geladen wurde. Die Damen erscheinen in langer, aufgeschlitzten Kleidern, die Herren in kleiner Uniform. Das Buffet wird vom königlichen Hofe gestellt. Für die jüngere, nicht offizielle tanzende Welt wird bei der zweiten Soiree ein Wechsel eintreten, da der Raum im 1. Rang und dann später im Korridor, im Konzertsaal und im Theater nicht hinreichend ist, um die Hofgesellschaft im Ganzen zu vereinen. Um der gesellschaftlichen Vereinigung und dem darauf folgenden Tanze ihr Recht zu geben, ist eine heitere Spieloper gewählt worden, welche dem Charakter des Abends entspricht und nicht länger als 2 Stunden von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr währen dürfte. Das Ende des Tanzes wird gegen Mitternacht sein.

In der Kommission des Abgeordneten-Hauses für das Wilschadengesetz wurde heute zunächst auf Antrag der national-liberalen Mitglieder folgender neuer § 5 beschlossen: „Jeder Erbschaftsanspruch für Schäden an Bodenbesitzungen fällt fort, wenn die Umstände ergeben, daß die Erzeugnisse nur in der Absicht gezogen sind, um den Schadenersatz zu erzielen.“ Bei § 6 wurde folgender Zusatz beschlossen: „Die endgültige Schätzung kann ausgesetzt werden, bis die Wirkung der Beschädigungen mit Sicherheit festzustellen ist.“ Der § 7, welcher bestimmt, daß, wenn Grundstücke erheblicher Beschädigung durch Roth- oder Damwühl ausgesetzt sind, den auf denselben und den in den benachbarten Jagdbereichen zur Jagd Berechtigten für eine bestimmte Zeit gestattet werden kann, während der Schonzeit die schädigende Wildgattung abzufischen, wird das Wort „kann“ durch „muss“ ersetzt. § 10, welcher die Aufsichtsbehörde unter Umständen ermächtigt, auf Antrag eines Beschädigten oder Erbschaftsberechtigten die Abminderung der schädigenden Wildart durch Fock- und Jagdbeamte zu bewirken, wurde gestrichen. Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

Verdächtigend verlautet den „Hamburgischen Nachrichten“ zufolge, daß die Unterredung, welche Herr v. Capriotti mit Herrn Dr. Windthorst vor einiger Zeit hatte, nicht nur die Frage des Sperrgeldes, sondern auch die des

Waisenfonds betroffen habe. Es scheint, daß nach beiden Richtungen hin ein Einverständnis erzielt ist, denn es verlautet, daß außer einer neuen Vorlage über die Verwendung des Sperrgeldes dem Landtage auch eine Vorlage wegen Aufhebung des Waisenfonds, was wohl nach den Verhandlungen mit zuerst auf eine Herausgabe des Fonds hinauslaufen dürfte, zugehen soll. Der Reichstag wird sich in diesem Falle, wenn auch indirekt, mit der Frage zu befassen haben, insofern bei ihm der Antrag auf Gewährung eines besonderen Dispositionsfonds in Höhe von mehreren hunderttausend Mark für den Reichsanwalt eingebracht werden würde.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch einen Erlaß vom 24. Dezember seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß, wie aus den erstatteten Berichten in Folge der Verfügung vom 14. April hervorgeht, die Behörden im Geschäftsbereich der Staatsverwaltung sich der Aufgabe, einerseits Betriebsunfälle nach Möglichkeit zu verhüten, andererseits die aus der Natur der Arbeiten entspringenden Nachteile durch zweckmäßige Einrichtungen zu verringern und Gesundheit und Wohlfahrt der Arbeiter zugleich durch unmittelbare Veranstaltungen zu fördern, schon im weiteren Umfange bewußt geworden sind. Im Interesse gleichmäßigen Vorgehens, was Maß und Art dieser Fürsorge betrifft, giebt der Minister gleichwohl einige neuere Hinweise über Unfallverhütung, über Arbeiter-Erkrankung und Wohlfahrt-Einrichtungen. In letzterer Beziehung heißt es nach dem „Reichs-Anzeiger“ in dem Erlaß wörtlich:

Die Ventilation der Schmelz- und Maschinenräume — namentlich auf Schleppdampfern, auf Dampfern und in Taucherschächten — muß durch zweckentsprechende Vorkehrungen gesichert werden.

Eine besondere Tragweite nimmt die Frage in Anspruch, wie am besten für die Ueberwachung der Arbeiter auf freier Strecke und für einen genügenden Schutz derselben gegen Witterung und Kälte gesorgt werden kann. In dieser Hinsicht kommen Ueberwachungsstationen, Schlaf- und Kaserne-Schiffe — wozu vorzugsweise alte Schiffe verwendbar zu machen sind —, feste und transportable Baracken in Betracht, Einrichtungen, welche zugleich die Voraussetzung für eine geeignete und gesunde Verpflegung der Arbeiter — möglichst in eigener Menage — bilden. Bei Arbeitsbetrieben auf dem Wasser wird je nach den Witterungsverhältnissen ein mit Decken ausgestatteter Kahn mitzuführen sein, welcher den Arbeitern das Trocknen ihrer Person und ihrer Sachen ermöglicht und die Gelegenheit bietet, ihre Mahlzeiten in einem geeigneten Raum einzunehmen. Zu letzterem Zweck muß für geeignete Räume in der kalten Jahreszeit auch anderwärts noch Möglichkeit Vorkehrungen getroffen werden.

Auf den Bauhöfen u. s. w. ist, wie in Einzelfällen schon geschehen, die Verteilung von Bad-Einrichtungen für die Arbeiter zu unentgeltlichem Gebrauch in Erwägung zu nehmen.

Soweit der Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende Ankleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnis-Anstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung der Sittlichkeit und des Anstandes erfolgen kann.

Um die Arbeiter auch auf wechselnden Baustellen stets im Besitze von Trinkwasser zu halten, wird die abenthüchliche Pumpe mitgeführt. Soweit die vorliegenden Hinweise Zweifel bestehen lassen, oder soweit unter besonderen Umständen Einrichtungen, welche einen ungewöhnlichen Kostenaufwand bedingen, notwendig erscheinen sollten, ersuche ich um besonderen Bericht. Ich empfehle jedoch allgemein den Vorrat des zulässigen Gewerbetreibenden in Anspruch zu nehmen; dadurch wird am zweckmäßigsten vermieden werden, hinter den Einrichtungen, welche in entsprechenden gewerblichen Betrieben geltend gewonnen haben, zurückzubleiben.

Ein beabsichtigter Vorfall, von dem man erst jetzt nähere Kenntnis erhält, hat zu einer ersten Verhinderung der deutschen Regierung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Anlaß gegeben. Es wird der „Voss. Ztg.“ darüber gemeldet:

New York, 11. Januar. In der Nacht vom 4. Oktober v. J. wurden deutsche Schiffs-mannschaften an Bord des norddeutschen Lloyd-dampfers „Elbe“ seitens der Polizei in Döbeln verhaftet. Den Anlaß hatte eine Schlägerei zwischen betrunkenen Deutschen und Irländern gegeben. Graf Arco Valley, der deutsche Gesandte in Washington, verlangte vom Staats-sekretär Blaine strenge Untersuchung der Angelegenheit. Er schreibt in seiner Note unter anderem: „Die durch den Vize-Konsul gewählten Offiziere der „Elbe“ standen auf dem Gange ihres Dampfers, wo das elektrische Licht alles taghell beleuchtete. Unter ihnen befanden sich in voller Uniform der erste, zweite und dritte Offizier, sowie der zweite Maschinist. Herr von Bardeleben, der erste Offizier, der, wie bereits bemerkt, in voller Uniform war, fragte die Polizei, als sie an Bord des Schiffes stiegen, was sie wollten; er fragte sie auch, ob sie vom kaiserlichen deutschen Generalkonsul ermächtigt worden seien, an Bord zu kommen. Er erhielt, ohne eine Antwort zu empfangen, mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er die Besimmung verlor und stark blutete. Der zweite Offizier, der ebenfalls in voller Uniform war und neben von Bardeleben stand, erhielt von der Polizei einen Schlag auf den Hinterkopf, das Blut strömte aus der Wunde und er wurde auch sonst mißhandelt. Mehrere andere Mitglieder der Mannschaft, die an dem Krawalle zwischen Polizisten und den Deutschen nicht theilgenommen waren, erlitten ebenfalls eine rohe Behandlung. Die mit Revolvern und Knütteln bewaffneten Polizisten drangen in das Quartier der Decker, zerrten sie aus ihren Betten, ohne zu fragen, ob sie an dem Krawalle theilgenommen hatten oder nicht, schlugen sie mit Knütteln und schleppten die nur mit Hemden Bekleideten ans Ufer, wobei beständige Schläge auf sie hernieder regneten.“ Der deutsche Gesandte erklärt, daß die Unterlassung der amerikanischen Behörden, das deutsche Konsulat von dem Vor-falle zu benachrichtigen, in Verbindung mit dem gewaltsamen Vorgehen der Polizei von

seiner Seite eine entschiedene Verletzung der zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Verträge sei. Staatssekretär Blaine übermittelte, wie der hiesige „Herald“ meldet, am 9. d. M. dem Gouverneur von New Jersey, in welchem State Döbeln liegt, eine Abschrift des Schriftwechsels und ersucht ihn, die vom deutschen Gesandten verlangte Untersuchung einzuleiten. Die Untersuchung soll am Donnerstag beginnen.

Der Zeitraum, der seit dem Vorgange bis zur Einleitung der Untersuchung verstrichen ist, dürfte uns etwas lange. Es kann jedoch als sicher angenommen werden, daß, wenn die behaupteten Thatsachen erwiesen werden, die verlangte Genugthuung gewährt wird und die Schuldigen streng bestraft werden.

Spanien, 12. Januar. (W. Z. V.) In dem Maschinenraum des Hamburger Bahnhofes kam heute Vormittag ein Feuer aus, das selbe wurde ohne weitere Hilfe vom Bahnpersonal bald bewältigt. Der angerichtete Schaden ist unerheblich.

Breslau, 12. Januar. (W. Z. V.) Der „Bresl. Ztg.“ zufolge setzt die Delegationschaft des Schiedsgerichts den Streik fort, auf den anderen Gruben wird ruhig fortgearbeitet.

Bochum, 12. Januar. (W. Z. V.) Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 8. d. M. stattgehabenen Reichstags-Wahl im 5. Wahlkreise der Regierungs-Bezirks Bochum (Stadt- und Landkreis Bochum, Kreis Gelsenkirchen und Hattungen) sind im Ganzen 52,945 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten Fabrikbesitzer Hermann Müllersleben in Kragelburg (natt.) 27,374 Stimmen, Bürgermeister Vattmann in Gelsenkirchen (Zentrum) 25,614 St. Der erstere ist somit gewählt.

Wiesbaden, 12. Januar. Der aus allen Theilen Deutschlands von Handelskammer-Delegierten, den namhaftesten Chemikern und sonstigen Sachverständigen besetzte Wein-Kongress beschloß, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß eine rationelle Weinverbesserung ohne Deklarationszwang bis zum ersten April gestattet sein soll, wobei ausdrücklich erklärt wird, daß man nicht unbegrenzter Vermehrung des Weines das Wort reden wolle. Auf Antrag der norddeutschen Delegierten wurde ferner beschlossen, daß hinsichtlich des Verkehrs mit ausländischen Weinen die in den Ursprungsländern derselben geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Behandlungsmethoden maßgebend sein sollen.

Hamburg, 12. Januar. Die Steuerdeputation theilt in dem soeben erstatteten Jahresbericht die durch unvollständige Versteuerung der Einkommen festgestellten Strafbeträge mit. Danach wurden 115 Steuerpflichtige mit 97,000 Mark Strafe belegt; sie mußten außerdem noch das nicht abgegebene versteuerungspflichtige Einkommen mit 295,000 Mark nachzahlen. In Folge des strengen Vorgehens der Behörde ist die Zahl derselben im letzten Jahre schon etwas gesunken. Im Jahre 1888 mußten sogar 133 Steuerpflichtige 155,000 Mark Strafe und 648,000 Mark Steuer nachzahlen. Es handelt sich namentlich um Erbschaften und den bei Verkauf von Grundstücken erzielten Gewinn. In beiden Fällen neigen viele Personen dazu, der Behörde ein „Schmökchen“ zu schlagen. Meistens kommen die betrügerischen Absichten indes bei der Öffnung der Testamente zur Entdeckung. Aber auch in anderer Weise sorgt die Steuerbehörde seit einigen Jahren dafür, daß der Steuerzahler dem „Kaiser giebt, was der Kaiser ist“. Sie hat nämlich einen besonders feinsinnigen Beamten in das Hypothekenamt „deputirt“, der dort genau nach den bei Grundstücken gezahlten früheren und jetzigen Preisen forscht, sich Auszüge macht und den Verkäufern zu Lege giebt. Das macht sich für den Hamburger Staat ganz gut bezahlt, nachdem die Gerichte erkannt haben, daß der aus Käuferverkäufen etc. erzielte einmalige Gewinn als ein „einmaliges Einkommen“ zu versteuern ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Januar. Der Schneesturm hat sich allgemein gelegt und man hofft, daß heute der größte Theil der Bahnen den Verkehr in vollem Umfange wieder aufnehmen können.

Prag, 12. Januar. (W. Z. V.) Gestern fand hier zu Ehren der deutsch-böhmischen Abgeordneten ein Komers statt. Auf demselben brachte der deutsch-nationale Abgeordnete Wenzel einen Toast aus, in welchem er hervorhob, die Deutschen Oesterreichs würden immer festhalten an der geistigen und kulturellen Gemeinschaft mit den übrigen Stämmesbrüdern. Die Deutschen seien aufrichtige Freunde des segensvollen österreichisch-deutschen Bündnisses, würden aber in dem politischen Leben niemals der Tugend der deutschen Treue entsagen. „Deutsch-national“ sei der Vertrag sich recht wohl mit dem „gut österreichisch und kaiserlich“ sein. Das hieran geknüpfte Hoch auf den Kaiser wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. (W. Z. V.) Die republikanischen Väter vergleichen mit großer Genugthuung die mehr als sechzehnjährige Ueberschuldung der Anleihe. Der „Temps“ meint, es sei schwer, sich eine glänzendere Manifestation des Kredites und der finanziellen Macht Frankreichs vorzustellen.

Ueber das Gesicht des Oberst Archinard bei Jourri sagt der „Temps“, es gehe daraus hervor, daß die Truppen des Scheit Ahmadou auf dem Rückzuge zum Senegal geschlagen worden seien.

Zahlreiche Mitglieder der sozialistischen-revolutionären Vereinigung versammelten auf dem Pere la Chaise eine Demonstration am Grabe Blanquis; es wurden dabei mehrere aufrührerische Reden gehalten und die Rufe „Vive la Commune“ ausgestoßen.

Paris, 12. Januar. (W. Z. V.) Dem „Soleil“ zufolge haben sich die Seidenweber in Saint-Etienne, sowie der Municipalrat von Privas in von ihnen beschlossenen Resolutionen gegen die beschuldigten Seidenzüchter ausgesprochen. Der „Revue militaire“ meldet, der Kriegsminister habe der Abtheilung für Geniewesen eine Entscheidung mitgetheilt, wonach im Hinblick auf das projektierte Deployment der Pariser Ringmauer die Gehege über Militärverordnungen von dem 1. Januar cr. ab nicht mehr angewendet seien. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht eine derartige Entscheidung, welche ungegültig wäre, werde nicht getroffen sein und Freyinet

werde nicht die Interessen der nationalen Verteidigung geopfert haben, um ein den Senatswählern gegebenes Versprechen einzulösen.

Italien.

Rom, 7. Januar. Der gestern berichtete Vorfall in Triest giebt natürlich den irrenden Nachrichten willkommenen Stoff, über die grausame Behandlung der „Landleute“ in Italien Entstellungen zu erheben. Das Florentiner Fräulein wird in die große Reihe der Märtyrer eingereiht und ihr Lob in allen Tonarten gesungen. Die „Tribuna“ veröffentlicht heute die fragliche Stelle aus der erwähnten Erzählung, wegen welcher die Verhaftung erfolgt sein soll; sie fügt hinzu, daß Fräulein Masini die Veröffentlichung nicht beabsichtigt habe, sondern daß dieselbe von ihrem Verlobten, dem Herausgeber des „Almanach des Giordano Bruno“, ohne ihr Wissen erfolgt sei. Ist die von der „Tribuna“ zitierte Stelle die wirklich in Frage kommende, so müßte man allerdings zugeben, daß sie ziemlich harmlos ist. Es ist kein großes Verbrechen, wenn eine Italienerin angesichts der Naturschönheiten Triests und unter dem Baue des klaren abstrakten Himmels ihrer Heimath gedenkt und auch dieses schöne Stück Erde ihrem Vaterlande zu eigen wünscht. Etwas verhängnisvoll ist schon, wenn sie schreiet: „Und Triest ist im Herzen italienisch und wird wissen aus den Klauen Oesterreichs sich zu befreien, welches sich in seinen Mauern eingenistet hat.“

Unbegründet und sachgemäßer wird der Vorfall von den übrigen Blättern beurtheilt. Nach den Informationen, welche z. B. dem „Popolo Romano“, einem ersten und jeder Sensationshagerei abgeneigten Blatte, zugegangen sind, ist Fräulein Masini überhaupt nicht verhaftet, sondern ausgewiesen worden. Ihre irrenden Entstellungen der Wahrheit wurde in vielen Exemplaren von der Triester Polizei sequestrirt und waren dieselben dazu bestimmt, in weiteren Kreisen vertheilt zu werden. Jedenfalls wird der Fall in den nächsten Tagen offiziell aufgeklärt werden.

Durch mehrere hiesige und französische Blätter geht die Nachricht, daß der Papst beabsichtige, der Gemahlin des Präsidenten Carnot die Engländer zu verzeihen. Leo XIII. habe deshalb beim Präsidenten der französischen Republik anfragen lassen und die Zustimmung des Herrn Carnot erhalten. Diese Nachricht fand bei den augenblicklichen Beziehungen des Vatikans zur französischen Republik und seinem Verhältnisse sich Frankreichs günstig zu erweisen, vielfach Glauben. Indes entspricht sie nicht den Thatsachen. Es ist möglich, daß der Papst mit dem Gedanken umging, der Frau Carnot diese hohe Auszeichnung zu Theil werden zu lassen, vielleicht als Antwort auf die Angriffe der „Riforma“, in Wirklichkeit aber hat der Papst weder an Carnot ein diesbezügliches Schreiben gerichtet, noch eine bejahende oder ablehnende Antwort erhalten.

Spanien und Portugal.

Madrid, 11. Januar. (W. Z. V.) Ein hier eingegangener telegraphischer Bericht des Präfecten von Gerona besagt, die in Olot verhaftete Persönlichkeit sei einem mit der Ueberwachung der Grenze beauftragten Kapitän der Zollwächter verhaftet erschienen. Letzterer habe dieselbe deshalb aufgefordert, zu ihm zu kommen und ihren Paß vorzulegen; dieser Aufforderung habe der Unbekannte nicht entsprochen. Als der Zollwächter-Kapitän denselben aber, um inwieweit Genarmen herbeizubolen, in sein Zimmer einführte, habe derselbe das Fenster zertrümmert und zu entfliehen gesucht. Bei der Verhaftung durch die herbeigeeilten Genarmen habe der Unbekannte, in dessen Besitz zahlreiche wertvolle Schmuckstücke und ein aus Paris datirtes Wechselbillet sich befanden, ein Stück Papier verstreut. Bei der Vernehmung habe derselbe vielfach widersprechende und auf eine gewisse geistige Unklarheit hindeutende Angaben gemacht. Es lasse sich bis jetzt weder bestätigen, noch bestreiten, daß der Verhaftete Baderowski sei. In späteren hier eingegangenen Meldungen heißt es, der Verhaftete habe selbst erzählt, daß er nach der Ermordung Selverstovs nach Spanien geflohen und daß er am 5. Dezember auf spanischem Boden angelangt sei.

Madrid, 12. Januar. (W. Z. V.) Nach einer telegraphischen Mitteilung des Präfecten von Gerona stimmt das von der französischen Polizei verbreitete Signalment Baderowskis genau zu der Persönlichkeit des in Olot verhafteten Individuums.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Januar. Eine kühne Erklärung über seinen Rücktritt hat Parnell noch nicht abgegeben. Bei seiner Abreise von Dublin nach America hielt er eine Ansprache an die versammelte Volksmenge, wobei er aber bloß andeutete, daß er gegebenen Falls von der Führerschaft zurücktreten würde, wenn die Unterhandlungen zwischen O'Brien und McCarthy in Boulogne zum erwünschten Ziele führen. Gladstone scheint sich der Ansicht hinzuneigen, daß Parnell doch zurücktreten werde, da er die Home-rule nicht fallen läßt. Man meldet der „Voss. Ztg.“ darüber:

„Zwischen O'Brien und McCarthy fand heute, wie aus Boulogne gemeldet wird, eine sehr lebhaft unterbrochene Unterredung statt. Parnell hielt heute vor seiner Abreise nach America im Bahnhofe zu Dublin eine große Menschenmenge eine bedeutende Ansprache, aus der hervorgeht, daß sein Rücktritt nächster Zeit erwartet werden kann. Gladstone richtete ein Schreiben an den liberalen Kandidaten für Harlow, Christopher Furness, welches eine Art von liberalem Wahlmanifest bildet. Gladstone sagt, die irische parlamentarische Partei hat sich, indem sie der Führerschaft Parnells ein Ende setzte, gereinigt und sich vorbereitet, gelassen nach wie vor die Pflicht zu erfüllen, das Prinzip ungleicher Gesetze sowie das geistliche Zwangssystem, welche die gegenwärtige Regierung und das Parlament nicht gegen Verbrechen, sondern gegen eine nicht verwerfliche Verbindung zu einem Theile der ständigen Landesgesetze gemacht hat, aufzugeben. Im weiteren kündigt Gladstone an, die Opposition werde ohne Lösung der Trennung abzuwarten, demnach eine Probe ihrer praktischen Absichten liefern durch Einbringung einer Bill zur Befreiung der Hinfürnisse, welche qualifizierte Wähler bindern auf das Re-

Bellevue-Theater.
 Direction: Emil Schirmer.
 Dienstag, den 13. Januar 1891: ~~7~~
 Zweites Gastspiel Julius Spielmann.
Der arme Jonathan.
 Mittwoch:
 Unsere Don Juans.

Stadt-Theater.
 Dienstag (Schauspiel-Bons). Zum 2. Male: ~~7~~
Die Kinder der Exzellenz.
 (Aufspiel-Novität.)
 Mittwoch (Opern-Bons): ~~7~~
 Benefiz Oscar v. Lauppert, unter gest. Mit-
 wirkung der Frau Isabella v. Lauppert-
 Martin.
Der Rattenfänger von Hameln.
 Gertrud — — — Frau Isabella v. Lauppert-Martin.